

---

# NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2

Schulausschuss

am 19.05.2010

Raum 503/504, 1. Etage Märkisches Berufskolleg

Beginn 16:00 Uhr

## Stimmberechtigte Mitglieder

### Kreistagsmitglieder

Ursula Lindstedt (SPD)

Simone Symma (SPD)

Rüdiger Weiß (SPD)

Martin Wiggermann (SPD)

Michael Blandowski (CDU)

Peter Dörner (CDU)

Jörg-Uwe Ebner (CDU)

Martina Plath (CDU)

Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klaus-Dieter Bröckling (SPD)

Helmut Stalz (FWG)

Heinz Steffen (SPD)

Claudia Gebhard (CDU)

### sachkundige Bürger

Hugo Becker (SPD)

Edith Kirsch (SPD)

Michael Strobel (SPD)

Magda Aksamit (CDU)

Karl-Heinz Schimpf (DIE LINKE.)

Astrid Partmann (FDP)

Kunibert Kampmann (GFL)  
David Thomas Karnas (FDP)

Angelika Burkholz (ohne)  
Arno Franke (ohne)  
Jutta Zierow (ohne)  
Helmut Gravert (ohne)  
Ursula Landskron (ohne)  
Bettina Vorberg (ohne)  
Bernd Marreck (ohne)  
Horst Flechsig (ohne)  
Peter Kötter (ohne)

Von der Verwaltung

Herr Dr. Timpe, Dez. II  
Herr Marsiske, L FB 40  
Frau Bornefeldt-Gronert, FB 40  
Frau Kronenberg, PK  
Herr Vertgewall, LK - Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Messing, sachkundiger Bürger  
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion  
Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90 /  
DIE GRÜNEN

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Im Namen der Ausschussmitglieder richtet der Vorsitzende seinen Dank für die Durchführung der heutigen Sitzung an das Märkische Berufskolleg und hier stellvertretend an Frau Burkholz aus. Weiter nimmt Herr Wiggermann die Verpflichtung von Herrn Stephan Messing (stellvertretendes Ausschussmitglied) vor. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

**T a g e s o r d n u n g**

**Öffentlicher Teil**

**Punkt 1**

052/10

Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung – Beteiligung von Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna

**Punkt 2**

066/10

Errichtung eines vollzeitschulischen Bildungsganges zur Ausbildung von Fachlageristen/innen nach dem Berufsbildungsgesetz am Hansa Berufskolleg des Kreises Unna in Unna

### **Punkt 3**

061/10

Freiwilliges soziales Jahr an Förderschulen des Kreises Unna

### **Punkt 4**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## **Nicht öffentlicher Teil**

### **Punkt 5**

050/10

Lernmittelbeschaffung für die Berufskollegs des Kreises Unna für das Schuljahr 2010/11;  
Auftragsvergabe

### **Punkt 6**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## **Öffentlicher Teil**

### **Punkt 1**

052/10

Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung – Beteiligung von Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna

### **Erörterung**

Frau Bornefeld-Gronert, für den Bereich „Förderschulen“ zuständige Schulrätin des Schulamtes für den Kreis Unna, stellt zu Beginn ihres Berichtes die aktuelle Situation im Hinblick auf die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung dar. Da es im Rahmen der aktuellen Diskussionen doch sehr viele Irritationen gegeben habe, sei sie froh, heute hierüber berichten zu können. Mit der Einrichtung des gemeinsamen Unterrichts im Jahr 1995 war geplant, Kinder mit Behinderungen und zusätzlichem Förderbedarf Schritt für Schritt an den allgemeinbildenden Schulen zu integrieren. Grundsätzliches Ziel sei der Ausbau des gemeinsamen Lernens gewesen. Doch auch 15 Jahre nach Einführung sehe es in der Realität weiterhin so aus, dass der überwiegende Teil der betroffenen Schülerinnen und Schüler an Förderschulen unterrichtet werde - nur etwa 17 % nähmen am Unterricht der allgemeinbildenden Schulen teil. Im Weiteren geht die Schulrätin kurz auf die unterschiedlichen Förderschwerpunkte ein.

Seit März des vergangenen Jahres gebe es aufgrund des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und der gleichzeitigen Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland neues Bundesrecht, was letztlich auch die Länder und damit auch die Kreise und Kommunen

verpflichte, die verschiedenen Artikel umzusetzen bzw. ihre Umsetzung vorzubereiten. Für die Schulen bedeute dieses konkret den Ausbau des gemeinsamen Lernens, auch unter dem Aspekt, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen solle so geöffnet werden, dass es Zugang zu einem hoch qualifizierten Unterricht gebe. Bislang sei man immer davon ausgegangen, dass man die bestmögliche Förderung für jeden Schüler haben wolle. Dieses sei auch weiterhin so, allerdings müsse eine Umsetzung nun auch an jeder Schule und nicht ausschließlich an Förderschulen möglich sein. Die Inklusion habe eine Anpassung des „Systems Schule“ an die Bedürfnisse des Schülers zur Folge. An dieser Stelle gebe es auch große Unsicherheiten. Während die Förderschulen ihre Auflösung befürchten würden, sähen die allgemeinbildenden Schulen die größte Sorge in einer Überforderung.

Seit Ende April gebe es nun ein erstes Diskussionspapier der Amtschefs der Kultusministerkonferenz. Darin würden die Länder aufgefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Umsetzung selber sei ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben, das längerfristig und schrittweise angelegt sei und damit dem Vorbehalt der progressiven Realisierung unterliege. Einen festen Zeitplan gebe es hierbei nicht.

Frau Bornefeld-Gronert geht weiter auf die auch in der Sitzungsvorlage dargelegten Eckpunkte und Ziele der Kompetenzzentren ein, die künftig aus den Förderschulen heraus entstehen und als Bindeglied gelten sollen. Aufgabe der Kompetenzzentren sei die Unterstützung der allgemeinbildenden Schulen beim schrittweisen Umbau zu einer inklusiven Bildungseinrichtung. Im Kreis Unna befänden sich aktuell die Hälfte der Kompetenzzentren im gesamten Regierungsbezirk. Die Schulen seien derzeit damit befasst, sich trotz nur bedingt vorhandener personeller Ressourcen so aufzustellen, dass auch in der Region eine Vernetzung ermöglicht werde. Die ersten Schritte gehe man derzeit gemeinsam mit den Grundschulen. Die Qualität der Förderung, so ihr Fazit, müsse auf jeden Fall beibehalten werden.

Frau Vorberg und Herr Kötter gehen im Anschluss an den Vortrag auf die Umsetzung in der Praxis ein. Letztgenannter betont einleitend noch einmal, dass es sich nicht um die neue Form einer Förderschule handele, sondern es darum gehe, ein breites Unterstützungsangebot für die allgemeinen Schulen zu errichten. Kompetenzen und Ressourcen gelte es zu bündeln und zu vernetzen – zumindest soweit es die eigenen Möglichkeiten zulassen würden. Die an dem Pilotprojekt beteiligten Schulen verfügten in den Bereichen Diagnostik, Beratung, Prävention und Unterricht über eine große Erfahrung. Als erstes Arbeitsfeld werde man sich der Schuleingangsphase in den Grundschulen widmen. Hierfür werde in nächster Zeit ein Beratungs- und Unterstützungskonzept gemeinsam mit den Schulen entwickelt. Im Bedarfsfall, so Frau Vorberg, erfolge die Förderung sowohl durch die Schule als auch durch die Einbindung von externen Fachkräften. Ganz wichtig sei natürlich auch die Beteiligung der Eltern. Grundätzlich gehe es um die Kooperation zugunsten des Kindes. Kreisweit wolle man ein einheitliches Bild der Sonderpädagogik darstellen.

Auch für die Politik, so die Anmerkung von Herrn Wiggermann, handele es sich hierbei um einen thematischen Schwerpunkt, den es im Laufe der Zeit immer wieder zu betrachten und weiter zu begleiten gelte.

Auf Nachfrage von Herrn Schimpf (DIE LINKE.), ob für dieses Projekt auch zusätzliche personelle Ressourcen bereitgestellt würden, teilt Frau Bornefeld-Gronert mit, dass aktuell keine Veränderungen vorgesehen seien.

Herr Kampmann (GFL) weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass sich das Land auch durch den demografischen Wandel einen Ressourcengewinn erhoffe. Dass es in der Realität derzeit teilweise noch anders aussehe, habe auch andere Gründe. Teilweise fehle es auch an Sonderschulpädagogen, so dass Stellen manchmal gar nicht besetzt werden könnten.

In einem Gespräch, das die CDU-Fraktion bereits im Februar mit Frau Bornefeld-Gronert geführt habe, sei herausgeklungen, dass die wissenschaftliche Begleitung des Pilotprojektes verbesserungsfähig sei, so Herr Ebner. Auf seine Frage, ob zwischenzeitlich Verbesserungen eingetreten seien, teilt die Schulrätin mit, dass dem noch nicht so sei. Herr Dr. Timpe merkt hierzu an, dass man sich darauf verständigt habe, eine vernünftige Begleitung im Kreis Unna aus überschaubaren und vorhandenen Mitteln des entsprechenden Budgets zu gewährleisten. Die Rede sei von etwa 5-10T Euro. Die mit dem Pilotprojekt verbundene Chance solle man sich nicht entgehen lassen, so der Dezernent.

Die Vorlage und auch den Pilotversuch an sich halte er für sehr gut, so Herr Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Auch sei es wichtig, die Angelegenheit aufgrund noch nicht vorhandener Rahmenbedingungen mit Bedacht anzugehen. Es handele sich um einen ersten kleinen Schritt in Richtung Inklusion, auch wenn das die derzeitige Schulministerin vielleicht etwas anders sehe. Grundsätzlich bleibe abzuwarten, wie eine neue Landesregierung zu dem Thema stehe. Sinnvoll sei aus seiner Sicht eine Einbindung der Schulpsychologen des Kreises. Vielleicht gebe es auch die Möglichkeit, diagnostische Mittel zur Verfügung zu stellen. Frau Streich ergänzt, dass in Zukunft sicherlich ein grundsätzlicher Strukturwandel in der Schullandschaft zu erwarten sei. Es sei wichtig, entsprechende Ressourcen bereitzustellen und hier sei das Land gefordert.

Aus den bisherigen Wortmeldungen habe er bislang noch keine grundsätzliche Ablehnung vernehmen können, so die Anmerkung von Herrn Weiß (SPD-Fraktion). Daher sollte man als Ausschuss daran auch anknüpfen und dieses wichtige Thema gemeinsam positiv begleiten. Wenn sich die Rahmenbedingungen verändern, müsse man natürlich auch zügig reagieren.

Herr Kampmann weist im Anschluss noch einmal darauf hin, dass man sich in der Pilotphase befinde und die Kompetenzzentren eine große Verantwortung im Hinblick auf das weitere Verfahren im Land hätten. Insofern bedeute für ihn positiv gleichzeitig auch ehrlich begleiten. In der Praxis dürfe dann auch nur mit den tatsächlich vorhandenen Personal- und Finanzmitteln gearbeitet werden.

Die Verwaltung, so die Worte von Herrn Dr. Timpe, sehe mit Sicherheit weder den Weg noch das Ziel skeptisch. Allerdings sehe man gewisse Probleme mit Blick auf die bereits mehrfach angesprochene Ressourcenfrage. Auch unter dem Gesichtspunkt halte er eine Begleitung durch Externe für sinnvoll.

Herr Wiggermann fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, dass man sich ganz offensichtlich darüber

einig sei, die Pilotphase von Seiten der Politik positiv zu begleiten. Er macht zudem den Vorschlag, sich nach etwa einem halben Jahr erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Der Schulausschuss fasst zum Abschluss nachstehenden

### **Beschluss**

Der Teilnahme der Regenbogenschule und der Sonnenschule an der Pilotphase wird zugestimmt. Über den Fortgang des Projektes ist regelmäßig zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 2**

066/10

Errichtung eines vollzeitschulischen Bildungsganges zur Ausbildung von Fachlageristen/innen nach dem Berufsbildungsgesetz am Hansa Berufskolleg des Kreises Unna in Unna

### **Erörterung**

Frau Zierow, Leiterin des Hansa Berufskollegs, stellt den Inhalt der Sitzungsvorlage vor und geht detailliert auf die Gründe für die Errichtung des vollzeitschulischen Bildungsganges ein. Auch aufgrund eigener Erfahrungen sei die Fragestellung aufgekommen, was für diejenigen getan werden könne, die nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht und möglicherweise auch berufsvorbereitender Maßnahmen immer noch keinen Übergang ins Ausbildungssystem gefunden haben. Im Rahmen der Umbaumaßnahmen habe man dann sowohl die personellen als auch materiellen Ressourcen geprüft und den Entschluss gefasst, einen Beitrag für die Altbewerber zu leisten. Der Kreis Unna habe als großer Logistikstandort in der Region Bedarf an entsprechend ausgebildeten Fachkräften. In den vielen Gesprächen konnten zunächst bestehende Vorbehalte schnell ausgeräumt werden und nun hoffe man auf die Zustimmung des Kreistages, um anschließend die erforderliche Genehmigung des Schulministeriums einholen zu können.

Die Schulleiterin geht im Anschluss detailliert auf Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Herr Weiß äußert seine Freude darüber, dass hier ein Angebot für diejenigen geschaffen werde, die sonst durch das Rost fallen würden. Es bleibe zu hoffen, dass das, was positiv begonnen habe, auch zu einem guten Ende für die Bewerber führen werde und sich diesen dann später auch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt eröffne.

Herr Wiggermann weist noch einmal darauf hin, dass die Berufsschulen größter Ausbilder im Kreis seien und das dort eine ganze Menge für Jugendliche getan werde, die sonst auf dem Ausbildungs-/ Arbeitsmarkt eher weniger Chancen hätten.

Herr Dr. Timpe greift in dem Zusammenhang eine weitere Initiative auf, die zur Zeit am Hellweg-Berufskolleg

diskutiert werde. Da der Schulausschuss vor einer möglichen Beschlussfassung durch den Kreistag (ggf. auch Dringlichkeitsbeschluss) nicht mehr zusammenkommen werde, wolle er die Mitglieder bereits heute über die Planungen informieren. Hierzu biete sich dieser Tagesordnungspunkt entsprechend an.

Herr Marreck, Schulleiter des Hellweg-Berufskollegs, geht im Anschluss auf das teilzeitschulische Bildungsangebot in der Fachrichtung Maschinenbautechnik ein, welches zum Schuljahr 2010/2011 eingerichtet werden solle und sich derzeit in konkreten Planungen befinde. Immer wieder sei in der Vergangenheit der Wunsch von Unternehmen aus dem Metallbereich geäußert worden, Qualifikationsangebote zu schaffen, um Mitarbeiter für mittlere Führungsaufgaben gewinnen zu können.

Gemeinsam habe man sich der Frage gestellt, wie man trotz eines Zwei- oder Dreischichtbetriebs noch eine berufliche Weiterbildung anbieten könne, die den Ansprüchen gerecht werde. Hierzu habe man ein besonderes Pilotprojekt erarbeitet, das all diese Punkte berücksichtige. Zwei Informationsveranstaltungen seien durchgeführt worden und es habe sich gezeigt, dass Bedarf und auch Nachfrage vorhanden seien. Grundsätzlich sei er sehr optimistisch, dass hier ein gutes und zukunftsweisendes Angebot geschaffen werden könne, so Herr Marreck.

Man stehe natürlich auch dieser Sache sehr positiv gegenüber, so das kurze Fazit von Herr Wiggermann.

Der Schulausschuss fasst zur Sitzungsvorlage **Nr. 066/10** nachstehenden

### **Beschluss**

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Zum Schuljahr 2010/11 wird am Hansa Berufskolleg des Kreises Unna in Unna der vollzeitschulische Bildungsgang zur Ausbildung von Fachlageristen/innen nach dem Berufsbildungsgesetz eingerichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 3**

061/10

Freiwilliges soziales Jahr an Förderschulen des Kreises Unna

### **Erörterung**

Herr Marsiske geht kurz auf den Inhalt der Sitzungsvorlage ein und weist dabei auf die besondere Bedeutung der geplanten Vorgehensweise für die Förderschulen hin.

## **Beschluss**

Das Konzept des Landrates zur Einrichtung von Stellen des freiwilligen sozialen Jahres an Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Unna wird unterstützt.

## **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 4**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **1. Abrechnung Regenbogenschule für 2009 – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe**

Herr Dr. Timpe teilt mit, dass die Abrechnung der Regenbogenschule für das Jahr 2009 abgeschlossen sei. Insgesamt lägen die Kosten um 90.000 Euro niedriger als geplant und erwartet, was die Kommunen, die im Verbund beteiligt seien, sicherlich freuen werde.

### **2. Eigenanteil Flash-Ticket – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe**

Der Eigenanteil für das Flash-Ticket habe sich von 8,30 Euro auf 8,60 Euro für das erste Kind und für das zweite Kind von 5,55 Euro auf 5,75 € im Monat erhöht, so die Information des Dezernenten.

### **3. Kosten für den Schülerspezialverkehr / EU-Ausschreibung – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe**

Herr Dr. Timpe teilt mit, dass die Auswertung der Angebote noch nicht ganz abgeschlossen sei, der Schülerspezialverkehr jedoch auch nach europaweiter Ausschreibung mit Sicherheit weiterhin durch kleine und mittelgroße Unternehmen aus der Region durchgeführt werde. Der Kostenrahmen werde sich im Rahmen von rund einer Million Euro bewegen und damit den Planungen entsprechen.

### **4. Regionales Bildungsnetzwerk – 2.Bildungskonferenz – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe**

Derzeit befinde man sich in der konkreten Planung für die zweite Bildungskonferenz, die Anfang Oktober stattfinden solle, so die Mitteilung von Herrn Dr. Timpe. Ein Schwerpunkt werde dabei das Thema „Übergang Schule – Beruf“ sein. Daneben werde sicherlich auch über Aktivitäten aus den verschiedenen Arbeitsgruppen berichtet.

### **5. Berichte der Schulsozialarbeiter im Schulausschuss – Anfrage von Frau Streich**

Frau Streich fragt an, ob die Möglichkeit bestehe, in der nächsten Ausschusssitzung einen Bericht der Schulsozialarbeiter zu hören. Herr Marsiske weist darauf hin, dass ein solcher Bericht gemeinsam mit der Berichterstattung über die Schulpsychologische Beratungsstelle (SBS) und dem Jahresbericht zum abgelaufenen Schuljahr abgegeben werden solle.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen im öffentlichen Teil ergeben sich nicht. Herr Wiggermann stellt im Anschluss die Nichtöffentlichkeit her.

**Nicht öffentlicher Teil**

**Punkt 5**

050/10

Lernmittelbeschaffung für die Berufskollegs des Kreises Unna für das Schuljahr 2010/11;

Auftragsvergabe

**Punkt 6**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung      17.25 Uhr

Wiggermann

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer